

Stresstest

Unaufgeregte Prozedur – aber nur bedingt vertrauensbildend

Verglichen mit dem Stresstest vor knapp zwei Jahren lief die Prozedur im Vorfeld der Bekanntgabe der Ergebnisse diesmal geradezu unaufgereggt ab. Die Statements vieler Stresstestteilnehmer waren vorbereitet. Nur Minuten nach Veröffentlichung der EZB-/EBA-Zahlen wurden sie von einigen Instituten routinemäßig abgesetzt. Eine allgemeine Präsenzpflcht in den Kommunikationsabteilungen der Kreditinstitute war weder für den Veröffentlichungstermin der Zahlen am späten Freitagabend noch für das gesamte letzte Juliwochenende dieses Jahres vorgesehen. Anders als 2014 gab es auch keine Pressekonferenzen der Aufsichtsbehörden. Die EZB flankierte das umfangreiche Zahlenmaterial der europäischen Bankenaufsicht mit der beruhigenden Botschaft von einer stärkeren Widerstandsfähigkeit der europäischen Kreditwirtschaft, den deutschen Banken bescheinigte die hiesige Notenbank ein solides Abschneiden. Mit ähnlichem Tenor meldeten sich jene gemeinsam am Samstag zu Wort: Der BdB als derzeitiger Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft veröffentlichte die entsprechende Bewertung auch aus Sicht des VÖB, des DSGVO und des VdP. Als fünfter großer Verband der Deutschen Kreditwirtschaft war der BVR diesmal nicht dabei, er hatte kein Institut im Rennen. Die Apo-Bank war unter der festgelegten Größenschwelle geblieben und auf eine Einbeziehung der DZ Bank war wegen der zum 1. August vollzogenen Fusion mit der WGZ Bank verzichtet worden.

Dank allgemein gründlicher Vorbereitung fielen auch die ersten Kommentare in den Medien erwartet sachlich und nüchtern aus. Dass die italienische Banca Monte dei Paschi di Siena Probleme haben werde, angesichts der Stressszenarien über der kritischen Kapitalquote zu bleiben, war erwartet worden. Aber in diesem Fall war schon im Vorfeld der Zahlen über mögliche Stützungsmaßnahmen gesprochen worden. Fast parallel zu den Veröffentlichungen wurde ein maßgeblich aus privaten Quellen gespeistes Sanierungskonzept bekannt und seither diskutiert. Mit Blick auf die deutschen Banken wirkt in der breiten Öffentlichkeit allenfalls irritierend, dass sich gemessen an den Kapitalquoten ausgerechnet die beiden hiesigen Großbanken in der Liste der geprüften Banken im hinteren Drittel bewegen, und zwar zum Teil deutlich hinter den in der öffentlichen Meinung so viel gescholtenen Landesbanken. Dass die deutschen Teilnehmer ebenso wie die Institute aus den Niederlanden oder Irland wegen des vergleichsweise hohen Anteils an zinstragendem Geschäft angesichts der gewählten Stressszenarien tendenziell

einen Nachteil gegenüber Ländern mit höherem Anteil an Gebühren oder Provisionsanteilen haben, wie ihn etwa die italienischen Banken aufweisen, registrieren nur Insider. Für die bloßen Anhänger von Ranglisten spielt das hingegen eine untergeordnete Rolle. Sie wundern sich nur über das vergleichsweise schlechte Abschneiden der deutschen Banken. Aber auch die stark von institutionellen Anlegern geprägten Märkte konnten sich bei allen Hinweisen auf insgesamt verbesserte Kapitalquoten, auf die begrenzte Aussagefähigkeit der Stresstestergebnisse im Allgemeinen sowie hinsichtlich einzelner Institute im Speziellen nicht von heftigen Reaktionen freimachen.

Die Unaufgeregtheit in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit hielt jedenfalls dem Praxistest an den Börsen nur kurzzeitig stand. Nach dem Wochenende wurden europäische Banktitel auf eine beträchtliche Talfahrt geschickt. Einbußen von bis zu zehn Prozent waren am ersten Handelstag nach Vorliegen der Stresstestergebnisse für viele der geprüften Institute zu verzeichnen. Für die Deutsche Bank und die Commerzbank folgten in den kommenden Tagen sogar Tiefpunkte ihrer Aktienkursentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten, die allerdings zusätzlich von den nicht gerade ermutigenden Halbjahreszahlen 2016 mitbeeinflusst waren.

Für die deutsche Kreditwirtschaft als Ganzes zeigt der Stresstest ohnehin nur einen kleinen Ausschnitt der wahren Herausforderungen. Denn für die große Zahl der hiesigen Institute sind die Niedrigzinsen das ganz große Problem. In diesem nicht erfassten Umfeld wirklich wettbewerbsfähig zu bleiben, ist allen absehbaren geldpolitischen Entwicklungen nach die wirkliche Herausforderung. Erschwerte Nebenbedingung dabei: Die Geldpolitik wie die aufsichtsrechtlichen Aktivitäten laufen derzeit tendenziell auf eine Gleichmacherei der Geschäftsmodelle zu – weg vom zinstragenden Geschäft.

Commerzbank

Blessings schweres Erbe

Martin Blessing verabschiedete sich in diesem Frühjahr mit einem Milliardengewinn von der Commerzbank. Das haben ihm viele gegönnt. Fleißig, tapfer und sympathisch hat er die Achterbahnfahrt der gelben Frankfurter Großbank viele Jahre lang erduldet, ohne zu klagen. Grund genug dafür wäre zweifellos vorhanden gewesen. Und man hat dem akribischen Unternehmenslenker auch abgenommen, dass er nicht etwa die Flucht ergreift, sondern nach erfolgreicher Arbeit ein gut bestelltes Haus an den Nachfolger übergibt, um

entweder etwas kürzer zu treten oder sich einer neuen Herausforderung zu stellen. Diese hat er mittlerweile bei der Schweizer UBS gefunden. Blessing damals zu seiner letzten Commerzbank-Bilanz: „Das Jahr 2015 hat gezeigt, dass unsere Strategie richtig ist und die Umsetzung erfolgreich verläuft. Wir haben erstmals seit fünf Jahren wieder ein Konzernergebnis von über 1 Milliarde Euro erzielt und unsere Kapitalbasis weiter deutlich gestärkt.“ „Ich bin daher zufrieden, dass die Bank heute stabiler und stressresistenter aufgestellt ist, als vor der Finanzkrise.“ „Der Abschluss 2015 ist irgendwo zwischen konservativ und fair. Ich habe nie Probleme in die Zukunft verlagert.“

Zum Ausblick auf das Jahr 2016 ergänzte Finanzvorstand Stephan Engels: „Die makroökonomischen und geopolitischen Rahmenbedingungen bleiben schwierig. Gegenwind haben wir auch mit Blick auf das negative Zinsumfeld zu erwarten. Zudem können steigende regulatorische Anforderungen weitere Investitionen nach sich ziehen. [...] Davon unbenommen werden wir den Wachstumskurs der Bank fortsetzen und unsere Strategie konsequent umsetzen. Wir wollen weiter im Markt angreifen, um mit neuen Kunden und mehr verwaltetem Vermögen unseren Marktanteil auszubauen. [...] Wir rechnen insgesamt damit, dass der Konzernüberschuss leicht über dem Vorjahresniveau liegen wird.“

All das war am 12. Februar 2016. Nicht einmal ein halbes Jahr später sieht die Welt ganz anders und überhaupt nicht mehr so rosig wie zu Blessings Abschied aus. Operatives Ergebnis im ersten Halbjahr minus 40 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 615 Millionen Euro, Erträge minus 700 Millionen auf 4,5 Milliarden Euro, Konzernergebnis 372 Millionen Euro nach 645 Millionen Euro, Aufwandsquote im operativen Geschäft 79,1 Prozent nach 70,8 Prozent und Return on Equity 2,6 Prozent nach 4,7 Prozent. Und all das bei historisch niedriger Risikovorsorge im ersten Halbjahr. Die Jahresziele wurden vom Team um den neuen Vorstandsvorsitzenden denn auch gleich kassiert – von einem Milliardengewinn spricht plötzlich niemand mehr – und die Aktie donnerte auf ein Allzeittief.

Da fragt man sich dann schon, was von der nachhaltigen Geschäftsstrategie, der vorausschauenden Konzernsteuerung und der guten Marktposition der Commerzbank übrig geblieben ist. Oder war man im Überschwang der Dankbarkeit für Martin Blessing vielleicht doch einfach zu euphorisch, obwohl man die Belastungen aus den Negativzinsen und den regulatorischen Anforderungen im Februar doch eigentlich schon ebenso klar absehen und auch einschätzen konnte wie die anhaltende Verunsicherung der Kunden ob politischer und

wirtschaftlicher Instabilitäten. Egal wie: Dieses Halbjahresergebnis nach einem solchen Abschluss für 2015 macht es für Martin Zielke keineswegs einfacher, wo man doch eigentlich gerade das Gefühl haben durfte, die Commerzbank sei aus dem schweren Fahrwasser heraus und andere hätten nun den Schwarzen Peter der Kreditwirtschaft übernommen. Da hilft es auch nicht, dass alle ehemals deutschen Großbanken schon lange kein Quell ungetrübter Freude mehr sind. Und dieses Halbjahresergebnis mildert auch den Glanz, der über Martin Blessings Wirken strahlte, ein wenig, auch wenn ihn das vermutlich nicht mehr kümmern wird. Der Zeitpunkt seines Abschieds war von ihm definitiv richtig gewählt. Nur über die Qualität seiner Hinterlassenschaft müssen nun doch noch die kommenden Monate entscheiden.

Deutsche Bank

Mitleid statt Neid

Man muss schon lange zurückdenken, um sich an ein ähnlich deprimierendes Gefühl beim Blick auf die deutschen Großbanken zu erinnern wie in diesem Spätsommer 2016. Denn egal ob Commerzbank, Hypovereinsbank oder Deutsche Bank, sie alle machen wenig Mut, betrachtet man die Gesamtsituation und lässt die bisweilen durchaus erfreuliche Entwicklung einzelner Sparten außer Acht. Bei den drei Instituten ist das Gefühl keineswegs schlechter als die Lage, so wie man es für viele Sparkassen und Genossenschaftsbanken derzeit sagen darf und muss. Und hierbei geht es keineswegs um die sicherlich diskussionswürdigen Ergebnisse des europaweiten Stresstests, in dem italienische Banken nahezu ohne Fehl und Tadel abgeschnitten und mitunter weit vor den deutschen Branchenvertretern rangieren. Sondern es sind hausgemachte Probleme, Schwächen in der Aufstellung und Marktdurchdringung, mangelnde Effizienz und daraus resultierend echte Ertragsnöte, die den drei großen deutschen Banken zu schaffen machen. Dass Europas größter Börsenindex Eurostoxx 50 erstmals ohne eine deutsche Bank auskommen kann, ist eine traurige Konsequenz.

Während man sich aber über den plötzlichen Wandel bei der Commerzbank, die überraschend ihre Jahresziele kassierte, noch wundert, um die Zukunft der italienisch dominierten Hypovereinsbank allemal besorgt ist, verspüren selbst die hartnäckigsten Hasser der Deutschen Bank, die ja lange Zeit ähnlich wie Bayern München die Stimmungslagen der Menschen in pro oder kontra klar sortierte, längst mehr Mitleid als Neid. Das schwierige Marktumfeld, stetig wachsende regulatorische He-

rausforderungen, ein radikaler Konzernumbau nach einem jahrelang völlig fehlgeschlagenen sanften Versuch des Kulturwandels, stark verunsicherte Mitarbeiter, von denen allein 2500 der im deutschen Privatkundengeschäft Beschäftigten dieser Tage erfahren werden, wen es trifft und wer bleiben darf, ein in sich heftig zerstrittener Aufsichtsrat, immer neue Rechtsstreitigkeiten – der ehemals strahlende Branchenprimus gibt ein Bild des Jammers ab.

Und diese üble Gemengelage schlägt sich natürlich auch in den Zahlen nieder. Im ersten Halbjahr 2016 sanken die Erträge im Vergleich zum Vorjahr um satte 27 Prozent auf 15,5 Milliarden Euro. Zwar konnten auch die zinsunabhängigen Aufwendungen drastisch reduziert werden, doch steht beim Ergebnis vor Steuern ein dramatisches Minus von 63 Prozent auf 987 Millionen Euro zu Buche. Noch schlimmer ist die Lage beim Konzernergebnis, dieses sank binnen Jahresfrist von 1,4 Milliarden Euro auf gerade mal noch 256 Millionen Euro um 81 Prozent. Der wahrlich nicht zu beneidende Vorstandsvorsitzende John Cryan versucht Mut zu machen: „Der anhaltende Umbau der Bank schlägt sich in unseren Ergebnissen nieder. Wir sind aber zufrieden mit unseren Fortschritten. Wir haben weiter Risiken in unserer Bilanz abgebaut, in unsere internen Abläufe investiert und unsere Infrastruktur modernisiert.“ Aber all das kostet Geld: Als Grund für das spürbar gesunkene Ergebnis vor Steuern nennt die Bank selbst in erster Linie Aufwendungen für Restrukturierung, Abfindungen und Rechtsstreitigkeiten. Seit 2012 haben Rechtsfälle die Deutsche Bank mehr als zwölf Milliarden Euro gekostet, aktuell sind nach Angaben des Finanzvorstands weitere 5,5 Milliarden Euro für noch offene Fälle zurückgestellt. Ein Ende des Schreckens ist auch noch nicht in Sicht: „Sollte das derzeit schwache wirtschaftliche Umfeld anhalten, müssen wir bei Geschwindigkeit und Intensität unseres Umbaus noch ehrgeiziger werden“, so Cryan. Doch was bleibt dann übrig von der Deutschen Bank?

PS: Die einzige Sparte des Deutsche-Bank-Konzerns, die im ersten Halbjahr ein Ergebnisplus erzielen konnte, war die Postbank. Und von der will/muss man sich bekanntlich trennen.

Hypovereinsbank

Seht her!

Es fällt dieser Tage schwer, einen unbefangenen Blick auf die Halbjahresergebnisse der Hypovereinsbank zu werfen. Denn im Hintergrund schwingt immer eine Verunsicherung über die Lage der Muttergesellschaft Unicredit und die daraus

folgenden Auswirkungen auf die Münchener Tochter mit. Der seit Juli in Mailand amtierende Chef Jean-Pierre Mustier hat zwar durch den Verkauf der Kartenabwicklung in Italien, Deutschland und Österreich sowie von Anteilen am Onlinebroker Fineco und an der polnischen Bank Pekao in den vergangenen Wochen eine leichte Erhöhung der Kapitalquote der Unicredit auf den Weg gebracht, will aber einen schlüssigen Sanierungsplan erst im Herbst präsentieren.

So blühen bis dahin im Zuge von Überlegungen zur Machbarkeit von Kapitalverschiebungen im Gesamtkonzern rund um die hiesige HVB wieder munter die Spekulationen von einem möglichen Börsengang über eine Sonderdividende aus München bis hin zu anderen kreativen Lösungen. Der Vorstandssprecher der Hypovereinsbank Theodor Weimer räumte bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen seines Hauses zwar ein, einige Milliarden Euro zu viel an Kapital im eigenen Haus zu haben, enthielt sich aber auf konkrete Überlegungen angesprochen jeglicher Wertung oder gar Ratschlägen. Und auch sein Finanzchef Francesco Giordano, der demnächst im Mutterkonzern als Co-COO aktiv sein wird (siehe auch Personalien in diesem Heft), vermied an dieser Stelle dezent jeden konkreten Hinweis.

Dabei klingen die HVB-Zahlen zur Jahresmitte doch ganz erfreulich. Zwar gehörte es auch in München zum Ritual der Halbjahresberichterstattung zunächst einmal präventiv darauf hinzuweisen, dass sich das Marktumfeld in den ersten sechs Monaten 2016 noch schwieriger darstellt, als sich das zu Jahresbeginn absehen ließ. Theodor Weimer illustrierte dies bei seiner Präsentation der Halbjahreszahlen unter anderem an der hohen Markt- und Branchenvolatilität beim Stoxx Europe 600, an einer verschärften Geldpolitik und deren Auswirkungen auf die Renditeentwicklung für 10-jährige Staatsanleihen sowie an geopolitischen Unsicherheiten, angefangen von der Ölpreisentwicklung und der Flüchtlingskrise bis hin zu diversen Terroranschlägen und dem Brexit. Aber anders als die beiden deutschen Großbanken legt die Tochtergesellschaft der Unicredit gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 gleichwohl eine Ergebnissteigerung vor: plus 0,5 Prozent bei den operativen Erträgen, plus 15,3 Prozent beim operativen Ergebnis vor und plus 10,4 Prozent nach Risikovorsorge und damit insgesamt plus 15,9 Prozent beim Ergebnis vor und plus 13,8 Prozent beim Ergebnis nach Steuern.

Dass beim Verwaltungsaufwand nicht nur ein Einfrieren der Kosten gelungen ist, sondern mit minus 4,4 Prozent echte Einsparungen erzielt werden konnten, führt der Vorstandssprecher insbesondere auf niedrigere Personal- und Gebäudekosten sowie

geringere Ausgaben für Marketing und Beratung zurück. Die Cost Income Ratio verbesserte sich auf 71,6 (75,2) Prozent. Der Grundtendenz nach zeigt sich diese Entwicklung auch in beiden großen operativen Geschäftsbereichen. Sowohl das Commercial Banking als auch das Corporate & Investment Banking weisen vergleichbare Entwicklungen aus. In beiden Segmenten ist der Verwaltungsaufwand um 5,8 Prozent beziehungsweise 3,0 Prozent sichtbar zurückgeführt worden und das operative Ergebnis konnte um 9,5 Prozent beziehungsweise gar 25,8 Prozent gesteigert werden. Im Ausblick auf das Gesamtjahr stellt die HVB gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung des Vorsteuerergebnisses in Aussicht.

Tenor der Zwischenberichterstattung aus München: Die Hausaufgaben bei der Restrukturierung des Filialnetzes wurden gemacht. Die Maßnahmen haben zu den erhofften Kosteneinsparungen geführt, ohne das Ertragspotenzial zu beschneiden. Nun rücken bei der Fortsetzung der Effizienz und Profitabilitätssteigerung eher die Zentrale und die indirekten Kosten – etwa für die IT – in den Mittelpunkt. Aber auch dabei ist die HVB eben nur ein Teil des Gesamtkonzerns. Ihre Geschicke werden maßgeblich in Italien bestimmt. Dabei die strategische Ausrichtung der Muttergesellschaft Unicredit sowohl an der Spitze der operativen Ebene als auch in den Aufsichtsgremien in Händen eines Teams zu wissen, das das Marktumfeld und die Bedingungen der Hypovereinsbank sehr gut kennt, mag beruhigend klingen und Gehör verschaffen. So richtig zufriedenstellen dürfte es das Spitzenmanagement in München aber kaum.

Bundesgerichtshof

Darlehensverträge: Recht auf Widerruf ohne zeitliches Ende?

Meldungen in der Tagespresse über ein Urteil des BGH vom 12. Juli 2016 (Aktenzeichen XI ZR 501/15) mussten zwangsläufig den Eindruck erwecken, Kreditinstitute hätten nun praktisch bis zum „Sankt-Nimmerleins-Tag“ jeden Widerruf einer Darlehenserklärung ihres Kunden hinzunehmen und müssten daher die Risiken und die Kosten von Rückabwicklung tragen, selbst wenn es das Darlehen im Einzelfall nach planmäßiger Rückzahlung schon seit mehreren Jahren nicht mehr gibt. Die Medien verweisen auf die Pressemitteilung des BGH über dieses Urteil; dessen Begründung liegt allerdings noch nicht vor.

Sachverhalt und prozessuale Situation in Kurzform: Ein Bankkunde (Kläger) schloss im November

2001 mit der Bank (Beklagte), wie er behauptet, aber von der Bank bestritten wird, in einer „Haustürsituation“, zur Finanzierung seiner Fondsbeteiligung einen Darlehensvertrag, der eine Widerrufsbelehrung enthielt. Das Darlehen wurde ausgezahlt, und der Kläger führte es planmäßig bis zum Januar 2007 zurück. Sieben Jahre später, im Juni 2014, widerrief er seine Vertragserklärung und erhob Klage gegen die Bank auf Rückabwicklung bei Abtretung der Beteiligung an sie. Die Klage wurde in erster und zweiter Instanz abgewiesen. Der BGH hob die Klageabweisung auf und verwies die Sache an das OLG zurück. Für das OLG war der vom Kläger behauptete formale Fehler in der Widerrufsbelehrung der Bank unerheblich, weil der Widerruf in jedem Fall rechtsmissbräuchlich gewesen sei. Der Kläger habe sich nämlich mit dem Widerruf (nur) von den negativen Folgen einer unvorteilhaften Investition lösen wollen. Dieses Motiv liege aber außerhalb des Schutzzwecks des bei Abschluss des Darlehensvertrags geltenden Haustürwiderrufgesetzes. Er beschränke sich auf den Schutz des Verbrauchers gegen unüberlegte und übereilte Vertragserklärungen.

Der BGH stellte dazu erstens fest, dass die Widerrufsbelehrung der Bank für ein „Haustürgeschäft“ nicht korrekt gewesen sei, weil sich die Unterschrift des Verbrauchers zugleich auf den Belehrungstext und auf eine daran unmittelbar anschließende Empfangsbestätigung beziehe. Zweitens aber hätte das OLG das angenommene Motiv des Klägers für seinen Widerruf nicht allein deshalb zu Lasten des Klägers in seine Gesamtabwägung einbeziehen dürfen, weil es außerhalb des Schutzzwecks des Haustürwiderrufgesetzes lag. Die Rückverweisung an das OLG verband der BGH mit dem Prüfungsauftrag, ob tatsächlich eine Haustürsituation vorlag, ob der Kläger aus sonstigen Gründen rechtsmissbräuchlich gehandelt hat und ob das Widerrufsrecht des Klägers verwirkt ist. Dieser Auftrag für das OLG zeigt, dass es dem BGH nicht darum geht, eine „endlose Widerrufsfrist“ bei Verbraucherdarlehen zu tolerieren; sie wäre den Banken auch nicht zumutbar.

Er scheint vielmehr einen Rechtsmissbrauch des Klägers und/oder die Verwirkung des Widerrufsrechts so viele Jahre nach Auslauf des Darlehens hier durchaus zu unterstellen und offenbar nur zu verlangen, dass das OLG seine Feststellungen haltbar begründet. Dagegen kann man grundsätzlich nichts einwenden. Auf einem anderen Blatt mag indessen – wie schon immer – der Vorbehalt stehen, dass die gesetzlichen und richterlichen Anforderungen an Textur und Signatur von Widerrufsbelehrungen so überformalistisch ausgestaltet sind, dass sich – auch das ist nicht neu – die Frage aufdrängt, ob das wirklich so sein und so bleiben muss.

RA Dr. Claus Steiner, Wiesbaden